

Pressemitteilung

Kommunikationsabteilung der Parlamentarischen
Versammlung

Ref: 329d06

Tel: +33 3 88 41 31 93

Fax :+33 3 90 21 41 34

pace.com@coe.int

internet: www.coe.int/press



46 Mitgliedsstaaten

Albanien
Andorra
Armenien
Aserbaidschan
Belgien
Bosnien und
Herzegowina
Bulgarien
Dänemark
Deutschland
„Die ehemalige
jugoslawische Republik
Mazedonien“
Estland
Finnland
Frankreich
Georgien
Griechenland
Irland
Island
Italien
Kroatien
Lettland
Liechtenstein
Litauen
Luxemburg
Malta
Monaco
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Republik Moldau
Rumänien
Russland
San Marino
Schweden
Schweiz
Serbien
Slowakei
Slowenien
Spanien
Tschechische Republik
Türkei
Ukraine
Ungarn
Vereinigtes Königreich
Zypern

PACE-Ausschuss: USA spannen heimliches Netz aus Inhaftierungen und Gefangenentransporten, Mitgliedsländer des Europarates waren beteiligt

Straßburg, 07.06.2006 – Die Vereinigten Staaten von Amerika haben schrittweise ein heimliches Netz gesponnen, bei dem Personen verschwanden, geheime Inhaftierungen erfolgten und Gefangene illegal zwischen den Staaten transportiert wurden. Die Mitgliedsstaaten des Europarates waren ihnen dabei behilflich oder tolerierten es, so der Rechts-Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) heute.

In einem bei seiner Sitzung in Paris verabschiedeten Entschließungsentwurf auf Grundlage des Berichts von Dick Marty (Schweiz, ALDE), erklärt der Ausschuss, hunderte Personen seien in diesem Netz gefangen worden – in einige Fällen wurden sie lediglich verdächtigt, mit mutmaßlichen terroristischen Organisationen zu sympathisieren.

Die Parlamentarier erklärten, es geben verschiedene Formen der wissentlichen Zusammenarbeit von Mitgliedsstaaten, darunter auch die geheime Inhaftierung einer Person auf europäischem Gebiet, die Festnahme einer Person und deren Übergabe an die USA oder die Erlaubnis, Gefangenen durch den Luftraum oder das Staatsgebiet der Länder zu überführen.

„Es wurde nun durch zahlreiche gut dokumentierte und stimmige Fakten eindeutig gezeigt, dass es Geheimgefängnisse und illegale Gefangenentransporte unter Beteiligung europäischer Staaten gab. Dies erfordert gründliche Ermittlungen und dringende Maßnahmen von Seiten der Exekutive und Legislative der betroffenen Länder“, sagte der Ausschuss.

Der Ausschuss forderte die Mitgliedsstaaten des Europarates auf, bilaterale Abkommen mit den Vereinigten Staaten zu überprüfen, insbesondere Abkommen über den Status von in Europa stationierten US-Streitkräften, um sicherzustellen, dass diese vollständig den internationalen Menschenrechtsnormen entsprechen.

Die Parlamentarische Versammlung hat 315 Mitglieder aus den nationalen Parlamenten der 46 Mitgliedsstaaten.
Präsident: René van der Linden (Niederlande, EPP/CD); Generalsekretär der Versammlung: Mateo Sorinas.
Fraktionen: SOC (Sozialdemokratische Fraktion); EPP/CD (Fraktion der Europäischen Volkspartei);
ALDE (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa);
EDG (Fraktion der Europäischen Demokraten); UEL (Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken).

Die Versammlung wird am 27. Juni 2006 im Rahmen ihrer Plenarsitzung in Straßburg über den Bericht debattieren. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates umfasst 630 Abgeordnete aus den 46 Mitgliedsstaaten des Europarates.

[Link zu den Entwürfen der EntschlieÙung und der Empfehlung \[en\]](#)

[Link zum erläuternden Memorandum \[en\]](#) (PDF)

Kontakt: Kommunikationsabteilung der PACE

Micaela Catalano, Leiterin der Abteilung (Tel. +33 (0)1 44 05 33 60 oder +33 (0)6 08 56 40 65);

Francesc Ferrer (+33 (0)6 30 49 68 22);

Angus Macdonald (+33 (0) 3 88 41 34 39 oder +33 (0)6 30 49 68 20).